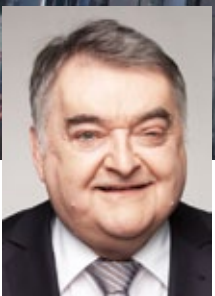




Thesen, Fragen und Antworten an die NRW-Spitzenkandidaten der Parteien von CDU, SPD, GRÜNE, FDP, DIE LINKE und PIRATEN

Am 25. Mai wählen gehen!



Herbert Reul, CDU



Martin Schulz, SPD



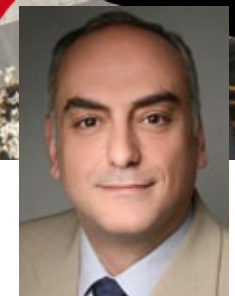
Sven Giegold, GRÜNE



Alexander Graf Lambsdorff, FDP



Fabio De Masi, DIE LINKE



Fotios Amanatides, PIRATEN

Freie Berufe & Europawahl

Über die Politik für die Freien Berufe und über die Rahmenbedingungen für die Ausübung der Freiberuflichkeit wird heute längst nicht mehr allein in den nationalen Parlamenten entschieden, sondern in wachsendem Maße von den Europäischen Institutionen.

Dabei sind die Freien Berufe in Nordrhein-Westfalen von großer

Sorge erfüllt, wenn sie den Blick nach Europa richten. Denn Brüssel stößt immer wieder Diskussionen über das deutsche Modell der Freiberuflichkeit an.

Im Hintergrund steht dabei augenscheinlich die Überlegung, dass Deregulierung im Bereich der Freien Berufe Wachstumsimpulse erzeugen könnte. Stichhaltige Datenerfassung

gen und Belege für diesen Ansatz gibt es nicht und der Verlierer einer Deregulierungswelle nach dem Rasenmäherprinzip stünde bereits heute fest: der Verbraucher, der sich nicht mehr sicher sein kann, ob Qualität und Preis tatsächlich miteinander harmonieren und ob er grundsätzlich eine qualitativ hochwertige Dienstleistung, zum Beispiel zum Erhalt seiner Gesundheit, erhält.

Editorial



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

zwischen dem 22. und 25. Mai haben 507 Millionen Europäerinnen und Europäer in den 28 EU-Staaten die Möglichkeit, ihre Kandidaten für das Europäische Parlament zu wählen, dem einzigen unmittelbar gewählten Organ der Europäischen Union (EU). Gewählt werden 751 Abgeordnete, wobei Deutschland als bevölkerungsreichster EU-Mitgliedstaat die mit Abstand meisten Europaabgeordneten stellt, nämlich 96 Abgeordnete. Als einzig direkt gewählte Institution der EU trägt das Parlament eine große Verantwortung gegenüber seinen Wählern.

Die Freien Berufe sind sich ihrer großen Bedeutung für die Gesellschaft bewusst. Sie erbringen eine Vielzahl von Dienstleistungen, die eng mit der Erfüllung menschlicher Bedürfnisse und der Fortentwicklung gesellschaftlichen Lebens verknüpft sind. Umso wichtiger ist es für die Freien Berufe zu wissen, wie die Parteien zu den Freien Berufen stehen, gerade in Bezug zur europäischen Ebene. Denn große Sorge bereiten uns die aktuellen Deregulierungsbestrebungen auf europäischer Ebene, die auch die Freien Berufe in Gänze treffen würde. Wichtig ist es, dass die Freien Berufe das Gespräch mit den Spitzenkandidaten der Parteien zur Europawahl suchen, um dafür zu werben, dass unser Gesamtsystem der Freiberuflichkeit nicht grundlos zur Disposition gestellt wird.

Herzlichst bin ich

Ihr

Hanspeter Klein

Vorsitzender des VFB NW

Freie Berufe: unabhängig und dem Gemeinwohl verpflichtet

Das ordnungspolitische Leitbild der Freien Berufe ist auf den Grundwerten Vertrauen und Verantwortung gegründet. Das Vertrauen in Experten, die Wissensasymmetrie zwischen Experten und Laien und das unabhängige, professionelle Handeln der Berufsträger verorten die Freien Berufe zwischen Markt und Staat. Die Gesellschaft profitiert von dieser gemeinwohlorientierten Funktion, die über eine rein ökonomische Betrachtungsweise hinausgeht, die sie selbst nicht schaffen und leisten kann. Staatsnahes Handeln der Freien Berufe bedarf des starken Armes der Europäischen Institutionen. Die Stärkung der Freien Berufe muss daher zentrale politische Aufgabe sein.

These 1: Stärkung des Selbstverwaltungsprinzips

Eine starke freiberufliche Selbstverwaltung und -kontrolle entlastet und ergänzt den Staat aufgrund ihrer Bürgernähe und besonderen Fachkompetenz. Die Selbstverwaltung muss deshalb gestärkt werden.

Wie stehen Sie zur freiberuflichen Selbstverwaltung?

Für **Herbert Reul (CDU)** sind und bleiben die Freien Berufe als Teil des Mittelstands „Rückgrat unserer Wirtschaft und einer der Garanten für unseren Wohlstand“. Der Mittelstand ist „nicht nur wichtiger Arbeitgeber des Landes, sondern auch Impulsgeber und Ideenfabrik“. Reul: „Wir werden uns für den Erhalt der Selbstverwaltung von Kammern und Verbänden in den Freien Berufen

auf europäischer Ebene einsetzen.“ **Martin Schulz (SPD)** macht deutlich: „Wir Sozialdemokraten messen Qualitätssicherung in den Freien Berufen äußerste Wichtigkeit bei. Sie ist nicht nur für Freiberufler, sondern natürlich vor allem auch für deren Kunden notwendig. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Selbstverwaltung der Freien Berufe erhalten bleibt.“ **Sven Giegold (GRÜNE)** steht zur freiberuflichen Selbstverwaltung. Giegold: „Dort wo es sinnvoll ist, sollte sie weiter ausgebaut werden.“ Für **Alexander Graf Lambsdorff (FDP)** steht die „FDP im Europaparlament uneingeschränkt zur Selbstverwaltung als tragende Säule im Bereich der Freien Berufe.“ Die FDP setzt sich „für eine starke und handlungsfähige Selbstverwaltung ein.“ **Fabio De Masi (DIE LINKE)** befürwortet „eine demokratische und transparente freiberufliche Selbstverwaltung. Dies erfordert die Stärkung der Selbstverwaltungsorgane der Leistungsanbieter, jedoch auch hohe Qualitätsstandards bei der Ausübung Freier Berufe ...“. **Fotios Amanatides (PIRATEN)**: „Wir lehnen zum Beispiel den Kammerzwang ab. Soweit Organisationsform der Selbstverwaltung durch freiheitliche und soziale Komponenten geprägt ist, sollen sich auch innerhalb von Berufsgruppen Verwaltungseinheit frei bilden können.“

These 2: Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips

Gemäß Artikel 5 Absatz 1 EU-Vertrag wird die Union nach dem Subsidiaritätsprinzip in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedsstaaten weder auf zentraler noch

Über die Freien Berufe in NRW

Die Freien Berufe sind wirtschaftliches und gesellschaftliches Schwergewicht in Deutschland und in Europa. Allein in NRW gibt es 258.000 selbstständige Freiberufler, die ein Drittel der Selbstständigen in NRW stellen. Insgesamt beschäftigen sie in ihren Apotheken, Büros, Kanzleien und Praxen 679.000 Erwerbstätige. Darunter fallen 589.200 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 28.900 Auszubildende und 61.000 mitarbeitende, nicht-sozialversicherungspflichtige Familienangehörige.

auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind. Für die Verwirklichung der Vision eines geeinten Europas ist die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips von entscheidender Bedeutung. Es muss der Grundsatz gelten, dass politische Ziele besser auf nationaler Ebene geregelt werden, bevor die Europäische Kommission unionsweite Regeln setzt, die nationale Besonderheiten nur unzureichend berücksichtigen. Bedauerlicherweise ist der Eindruck entstanden, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht oberste Priorität bei Entscheidungen der Europäischen Institutionen genießt.

Welche Möglichkeiten sehen Sie dafür, das Subsidiaritätsprinzip schnellstmöglich so zur Anwendung zu bringen und den notwendigen Stellenwert einzuräumen, dass die Mitgliedsstaaten für ihre positive Politikgestaltung im Sinne der Bürger Europas wieder die notwendigen Freiräume erhalten?

Reul (CDU): „Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Entscheidungsvorgänge der Europäischen Union gestrafft und nachvollziehbarer werden. Wir wollen ... die Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten – wenn nötig – neu ordnen. [...] Der Mittelstand – darunter die Freien Berufe – müssen gerade auf europäischer Ebene von unnötigen Vorschriften entlastet werden, ...“ Nach **Schulz (SPD)** sollte die Europäische Union „nur das regeln, was die Städte, Kommunen, Länder oder Staaten nicht besser selbst regeln können. Wir wollen, dass sich die Europäische Union an dieses Prinzip hält. Dies ist ein Gebot der Bürgernähe.“ Für **Giegold (GRÜNE)** ist das Subsidiaritätsprinzip „zentral für die Arbeit der Europäischen Union. Regelungen müssen zwingend da erfolgen, wo es am meisten Sinn ergibt. [...] Durch die Möglichkeit der Subsidiaritätsrüge haben die Mitgliedsstaaten ein starkes Instrument zur Durchsetzung ihrer Rechte.“ **Graf Lambsdorff (FDP)** macht deutlich: „Nicht jeder grenzüberschreitende Sachverhalt erfordert eine europäische

Regelung. Nicht die Mitgliedstaaten müssen ihre ausreichende Aufgabenerfüllung nachweisen, sondern die europäische Ebene muss nachweisen, dass politische Ziele nicht ebenso gut durch untere Ebenen erreicht werden können.“ **De Masi (DIE LINKE):** „Die Instrumente der sogenannten Subsidiaritätsrüge und der Subsidiaritätsklage ermöglichen eine demokratische Mitwirkung der nationalen Parlamente im Prozess der EU-Rechtsetzung.“ **Amanatides (PIRATEN)** sieht als Voraussetzung für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips: „Politischen Entscheidungen auf der europäischen Ebene müssen europaweite öffentliche Debatten vorausgehen, die es allen ermöglichen, sich angemessen zu beteiligen.“

These 3: Fremdkapitalbeteiligung

Im Fokus der Europäischen Kommission stehen immer wieder die hierzulande geltenden Regelungen zur Kapitalbindung: Das Fremdkapitalverbot, mithin der Ausschluss einer Beteiligung von Dritten an dem Geschäftsbetrieb eines Freiberuflers unter (allein) kommerzieller Zielsetzung, besteht aus guten Gründen. So gewährleistet zum Beispiel das Fremdkapitalverbot die Unabhängigkeit der Berufsausübung, da der Freiberufler frei von den wirtschaftlichen Interessen Dritter für seinen Patienten, Mandanten und Klienten tätig werden kann.

Wie stehen Sie zur Fremdkapitalbeteiligung vor dem Hintergrund der Unabhängigkeit der Berufsausübung sowie dem Interessenkonflikt zwischen Gewinnerwartungen und Verbraucherschutz?

Reul (CDU) will, dass „die verschiedenen Finanzierungsformen grundsätzlich auch Freien Berufen zur Verfügung stehen. Die Berufsrechte setzen aber der Fremdkapitalbeteiligung klare Grenzen– etwa bezüglich der Qualität des Fremdkapitalgebers. Wir halten es für richtig, dass diese Regeln je nach Art der freiberuflichen Tätigkeit differenziert sind und beispielsweise Wirtschaftsprüfer anders als Apotheker behandelt werden. Die fachliche Unabhängigkeit

des Freiberuflers muss gewahrt werden.“ **Schulz (SPD)** geht in diesem Zusammenhang auf die Frage der Finanzierung beim Schritt in die Selbständigkeit ein: „Denkbar sind Kleinstkredite, für die beispielsweise ein staatlicher Sicherungsfonds oder auch die KfW bürgt. Insbesondere für den Bereich der kleinen kreativen Soloselbständigen handelt es sich überwiegend um kleine Anschubhilfen und Unterstützung bei der Gründung von geeigneten Plattformen und Netzwerken.“ **Giegold (GRÜNE)** stellt klar: „Das Verbot der Fremdkapitalbeteiligung wurde 2012 vom Bundesfinanzhof als europarechtskonform anerkannt. Wir unterstützen diese Entscheidung. Der Einfluss berufsfremder Interessen muss vermieden werden, damit die Unabhängigkeit der Tätigkeiten gewährleistet wird.“ **Graf Lambsdorff (FDP)** macht deutlich: „Eine Fremdkapitalbeteiligung im Rahmen der Freien Berufe würde die Unabhängigkeit aushöhlen. [...] Bei einem Chirurg, der durch einen Investor im Hintergrund dazu angehalten wird, mehr Operationen durchzuführen oder mehr Patienten zu behandeln, würde die Qualität der Behandlung erheblich leiden. Es würde ein Interessenkonflikt zwischen ‚guter Arbeit‘ und ‚Gewinnmaximierung‘ entstehen.“ **De Masi (DIE LINKE)** befürwortet „das Fremdkapitalverbot zum Schutz der Unabhängigkeit der Berufsausübung und der Freiheit von wirtschaftlichen Interessen Dritter“ und lehnt „gegenteilige Vorstöße der EU-Kommission ab“. **Amanatides (PIRATEN)** sieht die Fremdkapitalbeteiligung in größerem Zusammenhang und erklärt: „Schon jetzt stecken wir in ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen. [...] Wir erleben zu wenig – nicht zu viel – solidarisches Wirtschaften, Schutz kleinbäuerlicher und gemeinwohlorientierter (Land-)Wirtschaft sowie wirksamen Verbraucher-, Daten- und Rechtsschutz gegenüber den Geschäftsinteressen internationaler Konzerne.“

Die Interviews der Spitzenkandidaten der Parteien finden Sie in ganzer Länge auf unserer Homepage:

www.vfb-nw.de

„Die Freien Berufe sind wichtig für die Freiheit des Menschen in einer Gesellschaft.“



Dr.-Ing. Otmar Schuster, Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur, Vorsitzender des Netzwerks ZENIT

Verband Freier Berufe NRW (VFB NW): Welche Verbesserungen erhoffen Sie sich für die Zeit nach der Europawahl 2014?

Dr.-Ing. Otmar Schuster: Das Parlament wird aufgewertet, weil Europa eine einheitliche parlamentarische Stimme bekommt. Bezüglich der Freien Berufe in Europa gibt es jene Politiker, die der reinen Form des Wettbewerbs anhängen und diejenigen, die Berufe gelten lassen wollen, wie sie historisch gewachsen sind. Es werden immer neue Wellen der Gleichmacherei über Europa hinweggehen. Letztlich steht die englisch-amerikanische Denkweise, die rein marktwirtschaftlich orientiert ist, in Konkurrenz zu der europäischen Haltung zu diesen Berufen, die sich über Jahrhunderte eigene Regeln und meistens auch eine höhere Bildungsvoraussetzung aufgebaut haben. Das bezieht sich nicht nur auf die Freien Berufe, sondern auch auf die Handwerksmeister.

Es muss also ein Kompromiss gefunden werden, der es allen ermöglicht, sich am Markt zu beteiligen. Für die Freien Berufe besteht die Verpflichtung, sich sowohl wissenschaftlich als auch ethisch an der Spitze zu halten und den Berufsregeln zu entsprechen. Mit Regulierungen, wie Berufsgerichtsbarkeit und Kostenordnungen, müssen die Freien Berufe entsprechend sinnvoll umgehen. Ich hoffe mir von Europa, dass die Freien Berufe bei den europäischen Wettbewerbshütern mehr Verständ-

nis finden. Die Freien Berufe brauchen mehr Flexibilität. Sie müssen bereit sein, sich den technischen Veränderungen anzupassen und zu kooperieren. Seit zehn Jahren haben wir in NRW eine Ingenieurkammer, in deren Parlament ich sitze. Jedoch hat sich zu wenig geändert. Die Revolution auf dem technologischen Sektor erlaubt manche Arbeit per Knopfdruck und ist von jedem zu leisten, nicht mehr nur von den Freien Berufen.

VFB NW: Mit dem Netzwerk ZENIT, dessen Vorsitzender Sie sind, suchen Sie nach geeigneten Förderprogrammen. Welche Unterstützung benötigen gerade die Branchen der Freien Berufe?

Dr. Schuster: Man ist es dem europäischen Steuerzahler schuldig, dass das Geld richtig ausgegeben wird. Die Förderwege haben eine eigene Sprache entwickelt, in der sich viele nicht auskennen. Die Programme sind nicht direkt kompliziert man muss sich nur richtig darauf einstellen und die Bedingungen erfüllen. Bei einer europäischen Förderung von beispielsweise 30 Prozent, muss der Betrieb 70 Prozent selbst zur Verfügung stellen. Da liegen oft die Probleme. Man muss – wie in der Wirtschaft auch – das ganze Kaleidoskop von Finanzierung und eigenen Plänen in Abstimmung mit den Plänen des Staates und so weiter beherrschen. Diese Unterstützung geben wir mit ZENIT.

VFB NW: Sehen Sie gewisse Branchen der Freien Berufe wie Apotheken oder Anwaltskanzleien durch die Frage der Fremdkapitalbeteiligung bedroht?

Dr. Schuster: Ja, Fremdkapitalbeteiligung verändert den lokalen, dezentralen Wettbewerb. Es gibt aber auch Bedrohungen für jene, die im technischen Bereich tätig sind. Der lokale Dienstleister, der bisher die Nähe zum Kunden hatte, ist nicht mehr gefragt. Über das Internet oder die lokalen Vertreter großer industrieller Einrichtungen wird dem eigentlichen Freiberufler Konkurrenz gemacht. Hier brauchen wir vom Parlament sichere Berufsregulierungen.

VFB NW: Große Sorge bereiten den Freien Berufen die aktuellen Deregulierungsbestrebungen auf europäischer Ebene, die die Freiberufler empfindlich treffen würden. Was erwarten Sie von den freiberuflichen Spitzenorganisationen, damit das Gesamtsystem der Freiberuflichkeit nicht grundlos auf europäischer Ebene zur Disposition gestellt wird?

Dr. Schuster: Die Freien Berufe müssen sich im europäischen Maßstab zusammenschließen, um ihre Belange durchzusetzen. In Deutschland gibt es den Verband Freier Berufe, aber in Europa gibt es schon keine Kooperationen mehr. Die in Brüssel zusammengeschlossenen Freien Berufe sind teilweise in unserem Sinne keine Freien Berufe. Wir sind europäisch zu schwach. Die Deutschen müssen dem Bundesverband Freier Berufe die Möglichkeit geben, in Europa auftreten zu können. Die Führung für Europa sollte von Deutschland ausgehen, wo wir die stärksten Freien Berufe haben. Statt vieler kleiner Berufsorganisationen brauchen wir eine starke europäische freiberufliche Vertretung, besonders in den Sozialinstitutionen, die sich mit sozialwirtschaftlichen Fragen befassen. Die Freien Berufe sind wichtig für die Freiheit des Menschen in einer Gesellschaft. Ich befürworte daher eine Vertretung der Freien Berufe in Brüssel.

Das gesamte Interview finden Sie auf unserer Homepage unter www.vfb-nw.de.

Impressum



Verband Freier Berufe
im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.

Herausgeber: Verband Freier Berufe
im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.
Dipl.-Ing. Hanspeter Klein (V. i. S. d. P.)
Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf
Tel.: 0211 4361799-0
Fax: 0211 4361799-19
info@vfb-nw.de, www.vfb-nw.de

Redaktion: André Busshoven, Gitta Kleinberger
Lektorat: Monika Zacharias
Bildnachweis:

Fotos der jeweiligen Parteien, GEOHAUS
Konzept, Gestaltung und Produktion:
InDeMa Wieland, Essen